DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT 07.05.2026 | Nikolaos Gavalakis

Flucht vor der Realität

Der Rückzug von X offenbart ein Problem progressiver Politik: Wer Ambivalenz nicht aushält, verliert gesellschaftlichen Einfluss.

Als SPD, Grüne und Linkspartei Anfang der Woche ankündigten, sich von der Plattform X zurückzuziehen, war die Aufregung groß. Die einen feierten den Schritt als notwendige Abgrenzung gegen eine zunehmend vergiftete Plattform. Die anderen spotteten über die angebliche Flucht aus dem öffentlichen Raum. Dabei posten viele Vertreter aus dem linken Spektrum, etwa der Co-Fraktionsvorsitzende der Linken Sören Pellmann, Ex-Grünen-Parteichefin Ricarda Lang oder SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach ohnehin munter weiter.

Natürlich ist X seit Elon Musks Übernahme deutlich schlechter geworden. Die Plattform ist aggressiver, chaotischer, ja insgesamt schlicht schwerer zu ertragen. Armeen von Bots, ideologische Claqueure und die omnipräsente Dauererregung machen politische Debatten anstrengender. Aber Demokratie ist nun einmal anstrengend. Politische Öffentlichkeit besteht nicht nur aus angenehmen Gesprächen mit Menschen, die dieselben Ansichten haben wie man selbst. Wer den politischen Austausch nur noch dort sucht, wo es komfortabel ist, verliert irgendwann den Kontakt zur gesellschaftlichen Realität.

Interessanter als die Debatte über Musks Kurznachrichtenplattform ist die Haltung, die hinter diesem Rückzug sichtbar wird. Denn X ist dabei nur *ein* Symptom eines größeren Problems: Teile des progressiven Milieus verlieren zunehmend die Fähigkeit, gesellschaftliche Wirklichkeit in all ihrer Widersprüchlichkeit auszuhalten. Doch wer sich aus konflikthaften Räumen zurückzieht, überlässt sie anderen – und wundert sich später über deren wachsenden Einfluss.

Das Problem reicht dabei weit über die sozialen Medien hinaus und betrifft insbesondere das Mitte-links-Spektrum. Die europäische Sozialdemokratie befindet sich seit Jahren in einer tiefen Krise. Die SPD pendelt in Umfragen derzeit zwischen 12 und 14 Prozent. In Mitteleuropa sind sozialdemokratische Parteien vielerorts komplett aus den Parlamenten verschwunden. Und auch in Westeuropa sieht es

teilweise sehr düster aus. In Frankreich befinden sich die Sozialisten seit Jahren im Tiefflug. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen erzielte die PS-Kandidatin Anne Hidalgo ein historisch schwaches Ergebnis von unter zwei Prozent. In den Niederlanden reichte es bei den Parlamentswahlen im Oktober 2025 nur für Rang 4 – obwohl die Arbeiterpartei mit den Grünen gemeinsam antrat und später sogar zu einer Partei fusionierte. Und selbst in Großbritannien ist *Labour* trotz Regierungsverantwortung und einer jahrelangen *Shitshow* der Konservativen massiv unter Druck geraten und muss bei den heutigen Regionalwahlen mit einem „Blutbad" rechnen.

Moralische Eindeutigkeit ersetzt vielerorts zunehmend die Fähigkeit, Ambivalenz auszuhalten.

Bemerkenswert ist dabei nicht nur der Niedergang selbst, sondern die erstaunlich geringe Bereitschaft zur grundlegenden Selbstbefragung. Natürlich gab und gibt es programmatische Anpassungen und personelle Wechsel. Doch die größere Frage bleibt oft unangetastet: Warum verliert ein politisches Lager über Jahre hinweg den Zugang zu gesellschaftlichen Mehrheiten?

Die Antwort darauf liegt sicher nicht allein in einzelnen Fehlentscheidungen oder Wahlkämpfen. Möglicherweise ist das Problem grundlegender. Teile des progressiven Milieus haben ein schwieriges Verhältnis zur gesellschaftlichen Wirklichkeit entwickelt. Moralische Eindeutigkeit ersetzt vielerorts zunehmend die Fähigkeit, Ambivalenz auszuhalten. Menschen und politische Konflikte werden immer häufiger in klare Kategorien sortiert: progressiv oder reaktionär, demokratisch oder gefährlich, solidarisch oder unsolidarisch. Was nicht in dieses Raster passt, irritiert – und wird reflexhaft abgewehrt. Dabei ist die gesellschaftliche Realität oft widersprüchlicher, als wir es manchmal gerne hätten.

Vor einiger Zeit porträtierte der *Spiegel* eine AfD-Politikerin aus Leipzig, die syrischen Familien in ihrem Wohnblock bei Behördenpost hilft und Kindern Nachhilfe gibt. Gleichzeitig schilderte sie eigene negative Erfahrungen mit Migration, die sie politisch zur AfD gebracht hätten. Genau solche Fälle passen oft nicht mehr ins politische Weltbild. Doch die meisten Menschen sind weder eindimensional noch funktionieren sie wie ideologische Avatare, insbesondere nicht beim Gang zur Urne.

So zeigt der Blick auf Wählerwanderungen ein ähnliches Bild. Bei der letzten Bundestagswahl etwa wechselten knapp eine Million Stimmen direkt von SPD, Grünen oder Linken zur AfD. Das widerspricht der Vorstellung sauber voneinander getrennter politischer Lager.

Offensichtlich erleben viele Menschen politische und gesellschaftliche Entwicklungen als komplexer, widersprüchlicher und fluider, als es moralische Eingruppierungen nahelegen. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch außerhalb Europas beobachten: US-Präsident Trump konnte bei seinem letzten Wahlsieg Rekordgewinne bei Minderheiten, insbesondere bei Afroamerikanern und Hispanics erzielen. Für viele auf den ersten Blick sicherlich kontraintuitiv.

Doch genau diese Ambivalenzen auszuhalten, scheint zunehmend schwerzufallen. Bestimmte Wahrnehmungen dürfen nicht legitim sein, bestimmte Erfahrungen nicht nachvollziehbar, bestimmte Sorgen nicht rational. Nicht jede migrationskritische Beobachtung ist jedoch rassistisch. Nicht jede Skepsis gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen automatisch reaktionär. Diese Differenzierungsfähigkeit scheint jedoch zunehmend verloren zu gehen. Statt gesellschaftliche Entwicklungen zunächst offen zu beobachten, werden sie moralisch vorsortiert. Wer versucht zu differenzieren, gerät schnell unter Verdacht, die falsche Seite zu bedienen.

Demokratische Politik lebt von der Fähigkeit zur Selbstkorrektur.

Das ist nicht nur ein kulturelles Problem, sondern zunehmend auch ein politisches. Demokratische Politik lebt von der Fähigkeit zur Selbstkorrektur. Wer politische Mehrheiten organisieren will, muss jedoch verstehen wollen, warum Menschen anders denken, wählen oder empfinden als das eigene Umfeld. Nicht um jede Position gutzuheißen, sondern um gesellschaftliche Realitäten überhaupt erst wahrnehmen zu können.

Gerade die Sozialdemokratie war historisch erfolgreich, weil sie reale gesellschaftliche Konflikte ernst nahm. Sie war keine Bewegung moralischer Homogenität, sondern eine politische Kraft, die unterschiedliche Interessen, soziale Schichten und Lebensrealitäten zusammenführen konnte. Heute wirkt ein Teil des progressiven Spektrums dagegen zunehmend wie eine geschlossene Glaubensgemeinschaft, die Irritation eher als Bedrohung empfindet denn als Voraussetzung politischer Erkenntnis.

Interessanterweise ist dies ein Punkt, welchen die Sozialdemokratie mit dem Journalismus gemein hat. Auch das Vertrauen in klassische Medien ist zuletzt spürbar gesunken. Viele Menschen fühlen sich von diesen nicht mehr repräsentiert, ein größerer Teil gar „nicht mehr ernst und wahrgenommen“. Hoffnung macht hier die doch verbreitete Bereitschaft zur Kurskorrektur. *Zeit*-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo formulierte

kürzlich im Podcast *Hotel Matze* einen bemerkenswerten Satz: Journalismus brauche „eine Bereitschaft, unabhängig von unseren eigenen Präferenzen hinzuschauen“. An anderer Stelle sprach er von der „Offenheit, sich das eigene Vorurteil widerlegen zu lassen“. Genau darin liegt eine demokratische Tugend, die zunehmend zu verschwinden droht: die Bereitschaft, die eigenen Grundannahmen zu hinterfragen und gegebenenfalls anzupassen. Denn dies bedeutet immer auch die Möglichkeit, falsch zu liegen. Vielleicht erklärt genau das, warum echte Selbstkritik heute so selten geworden ist. Doch politische Bewegungen, die sich nicht mehr korrigieren wollen, verlieren irgendwann ihre Lernfähigkeit.

Der Rückzug in homogene digitale Biotope ist der falsche Ansatz. Die gleiche Logik zeigt sich in der zunehmenden Empörung über Journalisten, Youtuber oder Podcaster, die es wagen, auch mit politischen Gegnern zu sprechen. Die demokratische Debatte lebt vom Konflikt und von der Auseinandersetzung – nicht von Gesprächsverweigerung. Das ist keine Haltung, sondern eine Form der Kapitulation.

Die Krise der europäischen Sozialdemokratie ist deshalb nicht nur eine programmatische oder strategische Krise. Sie ist auch eine Krise des Gespürs für die Realität. Eine politische Bewegung, die gesellschaftliche Ambivalenz nicht mehr aushält – ob auf X oder anderswo –, verliert schrittweise die Fähigkeit, Mehrheiten zu gewinnen. Man überlässt den Raum einfach den anderen. Es ist jedoch essenziell, um die öffentliche Meinung zu kämpfen und sich aus seinen Echokammern und sozialen Bubbles herauszuwagen, um breite Gesellschaftsschichten für sich zu gewinnen.



Nikolaos Gavalakis
Berlin

Nikolaos Gavalakis ist Chefredakteur des *IPG-Journals*. Zuvor war er Leiter des Regionalbüros „Dialog Osteuropa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew sowie des Myanmar-Büros der FES. Er hat in Mainz und Kalifornien Politikwissenschaft, Jura und Amerikanistik studiert.